

19.03.2014

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Schule und Weiterbildung

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 16/3223 -

Verbraucherbildung in der Schule nachhaltig und vielfältig gestalten

Berichterstatter

Abgeordneter Große Brömer

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Drucksache 16/3223 - wird angenommen.

Datum des Originals: 19.03.2014/Ausgegeben: 21.03.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Verbraucherbildung in der Schule nachhaltig und vielfältig gestalten“ (Drucksache 16/3223) wurde am 19. Juni 2013 vom Plenum an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur federführenden Befassung überwiesen. Die Mitberatung obliegt dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

B Inhalt des Antrags

Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt sein Hauptaugenmerk auf die Topics „Lebensbildung und Alltagskompetenzen stärken“ und „Verbraucherbildung - ein zentraler Baustein für nachhaltige Entwicklung in den Schulen“.

Die antragstellenden Fraktionen gehen in ihrem Antragstext auf das Forschungsprojekt „REVIS“ (Reform der Ernährungs- und Verbraucherbildung in allgemein bildenden Schulen) ein, dessen Ergebnisse schrittweise nach 2005 in die Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen Eingang gefunden haben. Ferner verweisen sie auf die Ergebnisse der Enquetekommission "Chancen für Kinder", die der Landtag NRW in der 14. Wahlperiode eingerichtet hat (vgl. Drucksache 14/7070 - Abschlussbericht der Kommission).

Vor diesem Hintergrund legen die antragstellenden Fraktionen folgenden Beschlussvorschlag vor:

„Der Landtag bekräftigt die Bedeutung der Bildung für nachhaltige Entwicklung gerade in Bezug auf die Konsum-, Ernährungs- und Gesundheitsbildung für alle Schülerinnen und Schüler.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. Die Konsum-, Ernährungs- und Gesundheitsbildung als Teil der Bildung für nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage der Ergebnisse und des Konzepts der REVIS-Forschung weiterzuentwickeln. Das bisherige Fach Hauswirtschaft muss in diesem Sinne innoviert und in Inhalt, Form und Benennung dem Profil gerecht werden.
2. Die Lehrpläne und Unterrichtsinhalte in naturwissenschaftlichen - und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern auf Grundlage der von REVIS entwickelten Konzepte, des Referenzrahmens und den Bildungszielen weiterzuentwickeln, so dass Verbraucherbildung als zentraler Teil der Bildung für nachhaltige Entwicklung mit fächerübergreifendem und kompetenzorientiertem Lernen in alle Schulformen umgesetzt werden kann.

3. Die Schulen zu stärken, die Chancen des Ganztags als Lern- und Lebensort u.a. durch die Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern für die Vermittlung von Lebensgestaltungs- und Nachhaltigkeitskompetenzen zu nutzen.
4. Bereits bestehende Programme in der Konsum-, Ernährungs- oder Gesundheitsbildung sowie die Materialien zu vernetzen und den Schulen über den weiterentwickelten Landesserver Möglichkeiten zum Austausch zu geben.
5. Auch in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften die REVIS-Grundlagen zu implementieren und als schulinterne Fortbildung anzubieten.
6. Die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen evaluieren zu lassen.“

C Beratungsverfahren

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat am 3. Juni 2013 den Beschluss gefasst, hierzu Anhörungen von Sachverständigen durchzuführen.

Folgende Sachverständige wurden daher am 11. Dezember 2013 gehört:

Sachverständige	Stellungnahmen
Eberhard Neugebohn Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, Bonn	-
Hildegard Kuhlmann Westfälisch-Lippischer LandFrauenverband e.V., Münster	16/1309
Prof. Dr. Reinhold Hedtke, Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, Bielefeld	16/1293
Brigitte Balbach lehrer nrw, Düsseldorf	16/1151
Prof. Dr. Birgit Weber Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften, Universität zu Köln, Köln	16/1294
Helmut Peters Schuldner- und Insolvenzberatung, Diakonie Krefeld-Viersen, Krefeld	16/1290
Prof. Dr. Michael Piorkowsky Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bonn	16/1278
Prof. Dr. Ines Heindl Institut für Ernährungs- und Verbraucherbildung, Universität Flensburg, Flensburg	16/1307
Prof. Dr. Thomas Retzmann Institut für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft, Universität Duisburg-Essen, Essen	16/1291
Klaus Müller Verbraucherzentrale NRW, Düsseldorf	16/1285
Norbert Wichmann Deutscher Gewerkschaftsbund, Landesbezirk NRW, Düsseldorf	16/1247

Sachverständige	Stellungnahmen
Prof. Dr. Kirsten Schlegel-Matthies Institut für Ernährung, Konsum und Gesundheit, Universität Paderborn, Paderborn	16/1288
Prof. Dr. Barbara Methfessel Institut für Gesellschaftswissenschaften, Pädagogische Hochschule Heidelberg, Heidelberg	16/1287
Franz Roggemann IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V., Düsseldorf	16/1292
Johannes Trulsen LandeschülerInnenvertretung NRW, Düsseldorf	16/1266

siehe hierzu das Ausschussprotokoll 16/425.

Eine abschließende Befassung zum Antrag erfolgte im Ausschuss für Schule und Weiterbildung am 19. März 2014.

Die antragstellenden Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekräftigen in der abschließenden Diskussion, dass ihrer Ansicht nach die ökonomische Grundbildung in den Schulen stärker ausgebildet werden und so zu einer Stärkung der Lebensgestaltungskompetenz führen solle. Der von der Landesregierung aufgelegte Modellversuch „Wirtschaft an Realschulen“ stelle ein Herantasten an die Thematik dar und solle nicht automatisch - so die antragstellenden Fraktionen - zu einer Einführung dieses Faches an Real- oder anderen Schulformen führen.

Ökonomische Bildung in Theorie und Praxis ist ebenfalls für die Fraktion der PIRATEN wichtig. Hierbei müsse Berücksichtigung finden, dass ökonomische Bildung nicht fachfremd unterrichtet werden dürfte; vielmehr müsse das Lehrpersonal dafür entsprechend geschult werden. Auch sie stehen allerdings einer Einführung des Faches Wirtschaft an Schulen skeptisch gegenüber.

Kritisch sieht die Fraktion der FDP das Anliegen der antragstellenden Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vorgaben zu - so die Fraktion - Lebensstilen zu formulieren. Eine alleinige Fokussierung auf die Umsetzung des Forschungsprojekts „REVIS“ (Reform der Ernährungs- und Verbraucherbildung in allgemein bildenden Schulen) träfe nicht den Kern der Verbraucherbildung. Für die Fraktion der FDP seien nicht nur Fächer wie Hauswirtschaft oder Verbraucherbildung wichtig, vielmehr müsse im allgemeinen Bereich das Fach „Wirtschaft“ der Vermittlung von Grundkenntnissen auf diesem Themenfeld dienen.

D Abstimmung

Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde im mitberatenden Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 12. Februar 2014 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der PIRATEN-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion der FDP angenommen. Die Fraktion der CDU hat sich enthalten.

Der o.e. Antrag wurde im federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung am 19. März 2014 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und der PIRATEN-Fraktion angenommen. Die Fraktion der CDU hat sich enthalten.

Wolfgang Große Brömer
- Vorsitzender -